

NACHRICHTEN

Aznar und Blair
entschärfen
Disput

Madrid: Von dem havarierten britischen Atom-U-Boot in der Kronkolonie Gibraltar geht nach Angaben von Spaniens Regierungschef José Maria Aznar und seines britischen Amtskollegen Tony Blair (Bild) keine Gefahr für die Bevölkerung aus. Dies habe eine Expertenkommission beider Länder bestätigt, sagten sie gestern in Madrid. «Es besteht nicht einmal ein minimales Risiko», erklärte Aznar.



Blair sicherte der spanischen Seite «vollständige Transparenz» bei dem Fortgang der Reparaturarbeiten zu. Die Ursache des Schadens am Reaktor-Kühlsystem sei gefunden, ergänzte er, ohne Einzelheiten zu nennen.

26 Jahre für
Mafiaboss Riina

CALTANISSETTA: Im Prozess zum gescheiterten Attentat auf den Richter Giovanni Falcone und die damalige Tessiner Staatsanwältin Carla Del Ponte in Palermo 1989 sind gestern die Urteile ergangen. Mafiaboss Totò Riina erhielt 26 Jahre Zuchthaus. Wie für den Drahtzieher des Attentats, Totò Riina, wurden auch Antonino Madonia und Salvatore Biondino von einem Geschworenengericht in Caltanissetta zu je 26 Jahren Zuchthaus verurteilt. Ein reuiger Mafioso, Francesco Onorato, erhielt zehn Jahre, der Helfer Giovambattista Ferrante drei Jahre.

Vier Polizisten
erschossen

MOSKAU: Vier russische Polizisten sind gestern an der Grenze zu Tschetschenien erschossen worden. Die Männer gerieten im Grenzgebiet der benachbarten Teilrepublik Dagestan mit ihrem Wagen in einen Hinterhalt und wurden beschossen. Dies meldeten die russischen Agenturen unter Berufung auf die örtlichen Sicherheitsbehörden. Ein weiterer Polizist habe Verletzungen erlitten.

Russischer
Regierungssitz
evakuiert

MOSKAU: Nach einer telefonischen Bombendrohung ist gestern in Moskau der russische Regierungssitz geräumt worden. Die Nachrichtenagentur Interfax meldete, ein anonymes Anrufer habe sich um 10.06 Uhr MESZ gemeldet und gesagt, in dem Gebäude sei eine Bombe versteckt worden. Von offizieller Seite war zunächst keine Stellungnahme zu erhalten.

Vier Palästinenser erschossen

Nach Freitagsgebet flammt Gewalt wieder auf: Zusammenfassung

JERUSALEM/GENF: Mindestens vier Palästinenser sind gestern im Westjordanland und im Gaza-Streifen erschossen und Dutzende verletzt worden. Nach den Freitagsgebeten kam es zu Zusammenstößen mit israelischen Soldaten.

Während das Freitagsgebet auf dem Tempelberg in Jerusalem friedlich verlief, kam es an zahlreichen Orten in den Palästinenser-Gebieten zu schweren Unruhen. Auf Steinwürfe von Palästinensern reagierten israelische Soldaten mit Gummigeschossen mit Stahlkernen.

Vier junge Palästinenser wurden dabei bei Tulkarm, Kalkilia und Erez im Gaza-Streifen und Ramallah im Westjordanland erschossen. Über das genaue Alter der Getöteten gab es unterschiedliche Angaben. Fünf der mindestens 65 Verwundeten erlitten nach palästinensischen Angaben schwere Verletzungen.

Tag des Zorns

Palästinensische Organisationen aller politischen Strömungen hatten den Freitag wieder zu einem «Tag des Zorns» erklärt. Im Gaza-Streifen nahmen am Nachmittag mehrere tausend Sympathisanten des islamischen Dschihad («Heiliger Krieg») an der Beerdigung des am Donnerstag bei einem



Bei blutigen Zusammenstößen zwischen israelischen Soldaten und Palästinensern im Westjordanland sind gestern erneut vier Palästinenser getötet worden. (Bild: Keystone)

Selbstmordanschlag getöteten Palästinensers teil.

Israel wappnete sich gegen weitere Bombenanschläge. In Jerusalem wurden die Sicherheitsvorkehrungen verstärkt, Busse und Einkaufszentren blieben ungewöhnlich leer. In der Altstadt wurde Palästinensern unter 35 Jahren aus Si-

cherheitsgründen der Zugang zum Tempelberg verwehrt. Zudem wurde der Hermon-Berg auf den Golanhöhen für israelische Zivilisten gesperrt.

Getrennte Gespräche

Der israelische Ministerpräsident Ehud Barak und Palästinenser-Präsident Jassir Arafat

planten unterdessen nach Medienberichten getrennte Gespräche mit dem amerikanischen Präsidenten Bill Clinton in den USA. Sprecher beider Seiten betonten jedoch, Termine seien noch nicht vereinbart worden. Vor den neuen Unruhen hatte Barak in einem Telefongespräch mit Clinton ein En-

de der Gewalt erneut als Voraussetzung für eine Reise nach Washington genannt. Ein Sprecher Arafats sagte, eine Entscheidung über ein Gespräch Arafats mit Clinton in Washington sei noch nicht gefallen.

Auslöser

Die Unruhen, die in den vergangenen Tagen weitgehend abgeflaut waren, hatten vor einem Monat mit massiven Ausschreitungen auf dem Jerusalemer Tempelberg begonnen. Auslöser war ein Besuch des israelischen Oppositionsführers Ariel Scharon auf dem von Moslems «Haram El Scharif» (Edles Heiligtum) genannten Tempelberg. Bisher sind mehr als 130 Menschen ums Leben gekommen. Bei den Toten handelte sich bis auf acht Menschen um Palästinenser oder israelische Araber.

Notstandsregierung

Die Verhandlungen zur Bildung einer Notstandsregierung in Israel machen Fortschritte. Die Verhandlungsführer von Barak und der rechtsgerichteten Oppositionspartei Likud hätten sich in vier von sechs bislang strittigen Fragen geeinigt, sagte eine Sprecherin.

Die jetzt noch offenen Punkte würden voraussichtlich von Barak selbst mit Likud-Chef Ariel Scharon geklärt. Ein Treffen der beiden werde voraussichtlich bereits am Samstagabend stattfinden.

Moskau bekräftigt Partnerschaft mit Belgrad

Vojislav Kostunica bei Wladimir Putin - Bald Gas-Lieferungen



Russland respektiert die Wahlentscheidung des jugoslawischen Volkes. Das machte der russische Präsident Wladimir Putin (rechts) bei einem Treffen mit seinem jugoslawischen Amtskollegen Vojislav Kostunica am Freitag im Kreml deutlich. (Bild: Keystone)

MOSKAU: Russlands Präsident Wladimir Putin hat gestern die Partnerschaft mit Belgrad bekräftigt und Jugoslawiens friedlichen Weg aus der Krise gelobt. Zudem kündigte er die baldige Wiederaufnahme der russischen Erdgas-Lieferungen an.

Bei seinen Gesprächen mit dem neuen jugoslawischen Präsidenten Vojislav Kostunica am Freitag im Kreml hob Putin hervor, dass dieser vor wenigen Wochen die richtige Taktik zur gewaltfreien Lösung der Probleme in seinem Land gewählt habe. «Sie haben es geschafft, eine schwierige Situation ohne Blutvergiessen zu meistern», wurde Putin von der Agentur Interfax zitiert.

Einer der ersten konkreten

Schritte zur Unterstützung Jugoslawiens soll die erneute Belieferung des Balkan-Staates mit Erdgas aus Russland sein. Der russische Erdgasmonopolist Gazprom hatte im Juni dieses Jahres die Pipeline geschlossen, nachdem sich Belgrad geweigert hatte, Schulden in der Höhe von 355 Millionen US-Dollar zu begleichen.

Zusammenarbeit

In einer gemeinsamen Erklärung kündigten Putin und Kostunica eine Vertiefung des politischen Dialogs zwischen ihren Ländern auf verschiedenen Ebenen sowie eine erweiterte wirtschaftliche Zusammenarbeit an.

Einen Tag vor den Kommunalwahlen im Kosovo erteilte Russland und Jugoslawien ei-

ner Unabhängigkeit der südserbischen Provinz eine Absage. In einer gemeinsamen Erklärung forderten Putin und Kostunica, den Status des Kosovo innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien so rasch wie möglich zu klären.

In ihrer Erklärung forderten die beiden Präsidenten, so schnell wie möglich politische Verhandlungen über den künftigen Status des Kosovo aufzunehmen und diesen durch ein Abkommen zu besiegeln. Sie forderten die vollständige Umsetzung der UNO-Resolution 1244. Diese sieht eine Selbstverwaltung des Kosovo innerhalb Jugoslawiens vor.

Engagement

Kostunica forderte von Moskau ein weiteres Engagement

auf dem Balkan, um dadurch ein «Gleichgewicht des Einflusses auf dem Balkan» durch Europa, Russland und die USA zu erhalten.

Zuvor hatte Außenminister Igor Iwanow bekräftigt, dass Jugoslawien für Moskau weiterhin der wichtigste und engste Partner Russlands auf dem Balkan bleibe. Russland wolle sich dafür einsetzen, dass das bis vor kurzem vollständig isolierte Jugoslawien als gleichberechtigter Partner in die internationale Gesellschaft zurückkehren könne.

Kostunica sagte im Gespräch mit Iwanow, für Jugoslawien bleibe Russland ein entscheidender Partner. Dies gelte nicht nur wegen der traditionellen russisch-jugoslawischen Freundschaft, sondern auch wegen der alltäglichen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen.

Westen

Vor seinem Russland-Besuch hatte Kostunica indes deutlich gemacht, er wolle sich künftig auf den Aufbau der Beziehungen Jugoslawiens zum Westen, vor allem zu den USA, konzentrieren. Der mehrstündige Arbeitsbesuch Kostunicas in Moskau verlief in Abwesenheit des jugoslawischen Botschafters Borislav Milosevic. Der Bruder des früheren jugoslawischen Machthabers Slobodan Milosevic war am Vortag zu «dringenden Konsultationen» nach Belgrad berufen worden. Die russische Führung hatte während der Krise nach den Wahlen in Jugoslawien Milosevic bis zu dessen Entmachtung unterstützt.

Mit dem Rücken
zur Wand

HARARE: Simbawes Präsident Robert Mugabe kämpft nach 20 Jahren an der Macht verbissen ums politische Überleben. Kritiker glauben, dass er inzwischen unter jenem Realitätsverlust leidet, der schon viele Diktatoren am Ende ihrer Herrschaft befallen hat.

Auf das von der Opposition beantragte Amtsenthebungsverfahren reagierte Mugabe mit der wütenden Ankündigung, mit der Politik der Versöhnung gegenüber den Weissen sei jetzt Schluss. Dem früheren Premierminister des ehemaligen Rhodesien, Ian Smith, und den Weissen, die sich am «Völkermord» gegen die schwarze Bevölkerung beteiligt hätten, werde der Prozess gemacht.

Die Weissen im Land hält der 76-jährige Mugabe für die Wurzel allen Übels. Das zeigte sich schon bei den Farm-Besetzungen. Genützt hat dieses Feindbild dem Präsidenten nach Meinung von Beobachtern aber wenig, wie eine gerade veröffentlichte Umfrage zeigt.

Wenig beliebt

Die angesehene südafrikanische Helen Suzman-Stiftung fand heraus, dass Mugabe bei einer Präsidentenwahl gerade noch mit 15 Prozent der Stimmen rechnen könnte. Seine Partei, die Zanu-PF, käme bei einer neuen Parlamentswahl auf karge 13 Prozent. 74 Prozent der Befragten verlangten, Mugabe solle zurücktreten. 56 Prozent sprachen sich für ein Amtsenthebungsverfahren aus.